

Alternativpräambel B

u.a. von Paul Schäfer, Carolin Reißlandt, Günter Blocks,
Ralf Michalowsky, Bärbel Beuermann, Britta Pietsch

Alternativ-Präambel "B" für das landespolitische Positionspapier DIE LINKE. NRW zum Gründungslandesparteitag am 20. und 21. Oktober 2007

NEUE PERSPEKTIVEN FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN

DIE LINKE. NRW ergreift Partei für alle abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen, RentnerInnen, Auszubildende, Studierende, (Klein-)Gewerbetreibende, Kranke, Frauen und junge Menschen in unserem Land. Mit ihnen zusammen wollen wir dafür Sorge tragen, dass es sozial gerechter zugeht und mehr Menschen ihre Interessen in politische Entscheidungen einbringen. Uns geht es darum, allen Möglichkeiten der demokratischen Mitgestaltung zu eröffnen. Daher treten wir in NRW für Volksentscheide, Volksgesetzgebung und die Bürgerbeteiligung bei (kommunalen) Haushaltsentscheidungen ein.

DIE LINKE. NRW will die Menschen ermutigen, sich aktiv einzumischen und selbstbewusst für ihre ureigenen Belange zu streiten. Die Politik der sozialen Ausgrenzung und der Aushöhlung der Demokratie durch die etablierten Parteien hat dazu geführt, dass immer mehr Menschen in Resignation und Wahlenthaltung geflüchtet sind. Aber unsere Demokratie lebt vom Engagement der BürgerInnen und von der Chance, sich in das Gemeinwesen einzubringen. Ohne außerparlamentarisches Engagement gegen Sozial- und Demokratieabbau sind soziale Perspektiven für uns undenkbar. Daher sind wir an der Seite derer, die sich gegen Hartz IV zur Wehr setzen, die protestieren, wenn in NRW Studiengebühren eingeführt, Sozial-, (Weiter-)Bildungs- und Kultureinrichtungen beschnitten oder geschlossen werden und wenn auch hierzulande Gesundheit zu einer Ware gemacht werden soll, die nicht mehr für alle bezahlbar ist. Wir greifen Vorschläge von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Initiativen und sozialen Bewegungen auf und formulieren alternative Politikvorschläge.

DIE LINKE will mit den Menschen hierzulande eine gesellschaftliche Entwicklung durchsetzen, die durch Solidarität, öffentliche Daseinsvorsorge und ökologische Vernunft gekennzeichnet ist. Dass heißt für uns auch: Es gilt die gegenwärtigen Verhältnisse zu überwinden, in denen die Rendite von Aktionären und Großunternehmen Maßstab des Wirtschaftens sind und alle Gesellschaftsbereiche den Maximen des Profits unterworfen werden. Wir streben eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft an, in welcher der Mensch nicht mehr ausgebeutet und die Natur bewahrt wird und in der die freie Entfaltung jedes einzelnen die Grundbedingung der Freiheit aller ist. Die Programmatischen Eckpunkte, welche DIE LINKE auf ihrem Gründungslandesparteitag beschlossen hat, sind unsere Arbeitsgrundlage. Dort ist beschrieben, welche Reformen wir anstreben und wie wir diese Gesellschaft realisieren wollen.

DIE LINKE. NRW ist eine neue politische Kraft. Sie knüpft an die Geschichte der jahrzehnte-langen Kämpfe für sozialen und demokratischen Fortschritt in NRW an.

Gerade die hierzulande immer noch lebendige Tradition der (antifaschistischen) Arbeiterbewegung ist uns wichtig. Wir unterstützen die Gegenwehr gegen rechtsextreme Parteien, Organisationen und ihre menschen-feindlichen Ideologien. Wir setzen uns für breite gesellschaftliche Bündnisse ein, die Zivilcourage und wechselseitigen Respekt fördern.

Für DIE LINKE. NRW ist die in wichtigen Teilen uneingelöste Landesverfassung der bestimmende Handlungsrahmen. Sie ist Ergebnis dieser Kämpfe „von unten“ und spiegelt die Erfahrungen mit Faschismus und ungebremsster Unternehmermacht wieder. Sie garantiert individuelle Freiheitsrechte, gebietet existenzsichernde Entlohnung und enthält wirtschaftsdemokratische Vergesellschaftungsmöglichkeiten. Unternehmen, die eine monopolartige Stellung erlangt haben, sind danach in Gemeineigentum zu überführen.

DIE LINKE. NRW ist eine konsequente Friedenspartei. Mit der Friedensbewegung wenden wir uns gegen Kriegsbeteiligung, Auslandseinsätze, den Einsatz der Bundeswehr im Inneren und ihren Ausbau zu einer internationalen Interventionsarmee. Die Auseinandersetzung darum wollen wir auch an den Militärstandorten in NRW führen. Wir setzen uns für zivile Alternativen zur Rüstungsproduktion ein und wollen die Landesförderung für Friedens- und Konfliktforschung wieder ausbauen.

DIE LINKE tritt ein für die volle juristische, sozialpolitische und (wahl)rechtliche Gleichberechtigung und Partizipation aller hier lebenden MigrantInnen. Wir setzen uns für den Stopp von Abschiebungen ein und erkennen an, dass Nordrhein-Westfalen schon lange ein Einwanderungsland ist. Viele der rund 4,3 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund wurden früher angeworben, um den Arbeitskräftemangel zu beheben, andere wurden aus ihren Herkunftsländern vertrieben. Ihnen allen machte man zu lange keine Integrationsangebote, weil die Bundesrepublik angeblich kein Einwanderungsland war. Dies wollen wir nachholen und mit wechselseitigem Respekt und einer offenen Gesellschaft vorantreiben.

Für DIE LINKE. NRW ist es das gegenwärtig vordringlichste Ziel, die Hegemonie des Neoliberalismus zu beenden und einen politischen Kurswechsel einzuleiten. Dies heißt für uns: Die Politik muss die Interessen der Menschen in unserem Land vertreten statt jene der Wirtschaftskonzerne. Zur Würde des Menschen gehört, dass man von Arbeit leben kann. Wir fordern deshalb einen gesetzlichen Mindestlohn jetzt! Hartz-IV ist zu ersetzen durch eine repressionsfreie soziale Grundsicherung für alle, die diese brauchen.

Erneuerte soziale Sicherungssysteme müssen gewährleisten, dass niemand ausgegrenzt wird und in prekären Verhältnissen leben muss – dazu gehört auch ein Grundrecht auf guten Wohnraum. Wir brauchen eine solidarische Bürgerversicherung, z.B. im Gesundheitswesen und bei der Rente – statt eine Privatisierung sozialer Risiken und Kopfpauschalen! Wir fordern: Das Eigentum der Kommunen und des Landes an Wohnungen ist zu erhalten, Wasser- und Stadtwerke sind zu rekommunalisieren und die wirtschaftslenkende Rolle der öffentlichen Hand ist wieder auszubauen. Der uneingeschränkte Zugang zu Bildung, Kultur und Gesundheit für alle ist für uns elementar – nur so können die Menschen ihr Leben eigenverantwortlich gestalten.

NRW ist ein Bundesland mit vielen Möglichkeiten, einer entwickelten Wissenschafts- und Industrielandschaft und einer Vielfalt an kulturellem Leben – zugleich aber auch ein Land wachsender sozialer Gegensätze. Der Sozialbericht NRW zeigt, dass die Kluft zwischen reich und arm wächst. Dabei gehört NRW nach wie vor zu den reichsten Regionen Europas. Seine ArbeitnehmerInnen haben den Reichtum des Landes erarbeitet, mussten aber Realeinkommensrückgänge und steigende Steuern- bzw. Abgabenbelastungen hinnehmen. Auf der anderen Seite erzielen Großkonzerne wie RWE oder Bayer alljährlich Milliardengewinne und zahlen Managergehälter in Millionenhöhe. DIE LINKE. NRW will diese soziale Spaltung hierzulande überwinden und die Armut und Ausgrenzung wirkungsvoll bekämpfen. Die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben ist dafür umzukehren: Die Begüterten müssen zur Kasse gebeten werden! Wir wollen es ändern, dass immer noch Menschen vom Zugang zu Arbeit ausgeschlossen sind, viele, die hart malochen, von ihrem Lohn nicht leben können und die Zahl derer, die unter prekären Arbeitsverhältnissen leiden, steigt. Besonders betroffen jeweils: Junge Menschen, vor allem aus Einwandererfamilien. Soziale Missstände greifen in vielen Bereichen um sich, so z.B. bei der Versorgung mit schrumpfendem Sozialwohnraum. Der beschlossene Verkauf der landeseigenen Landesentwicklungsgesellschaft mit über 100.000 Wohnungen ist ein weiterer Schlag für alle, die auf Sozialwohnraum angewiesen sind.

DIE LINKE. NRW setzt sich dafür ein, dass die schwarz/gelbe Landesregierung 2010 abgelöst wird. Deren Leitbild ist vom ungezügeltten Unternehmertum geprägt. Dafür werden wesentliche Rahmenbedingungen geändert: Durch die Änderung der Gemeindeordnung schränkt man die Möglichkeiten für kommunale Wirtschaftsunternehmen jenseits des Profitprinzips ein und entmachtet Stadträte und damit die BürgerInnen. Mit dem Schlachtruf „Public Private Partnership“ befürwortet die Landesregierung die Privatisierung von Aufgaben der öffentlichen Hand und ihre Überantwortung an Unternehmen. Durch die Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes beschneidet man die Mitbestimmung der Beschäftigten. Mit der Einführung von Studiengebühren und der krassen Verschlechterung der Kinderbetreuungssituation durch das sog. Kinderbildungsgesetz (KiBiz) verschlechtert sich die Chancengleichheit hierzulande weiter. Die Regierung von Schwarz-Gelb in Düsseldorf hat nicht bei Null angefangen – sie setzt die neoliberale Politik der Vorgängerregierung in verschärfter Form fort.

Die Oppositionsparteien im Düsseldorfer Landtag stellen keine Alternative dar. Die abgewählte NRW-SPD hat die Grundzüge der neoliberalen Politik gelegt, die Schwarz-Gelb fortgesetzt – Hartz IV auf Bundesebene, betrieben von Müntefering & Co, oder das sog. Hochschulfreiheitsgesetz sind Beispiele. Die Grünen haben ihre Wurzeln in der Friedensbewegung längst gekappt und schwimmen im Strom der etablierten Politik mit. Der Weg zu dem überfälligen politischen Kurswechsel führt über eine möglichst starke LINKE im Land: Wir wollen 2009 in breitem Umfang in Kreistage, Stadträte und Bezirksvertretungen einziehen und im nächsten Landtag mit einer schlagkräftigen Fraktion vertreten sein. Dieses Land braucht nicht nur einen Regierungswechsel, sondern vor allem einen Politikwechsel!

Dieser Politikwechsel beginnt damit, dass die Politik der Verscherbelung öffentlichen Eigentums gestoppt wird und der Personalabbau im Öffentlichen Dienst sowie der Sozialabbau beendet werden. Wir erwarten den Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Der Grundsatz der Gebührenfreiheit im gesamten Bildungsbereich ist wiederherzustellen und die Durchsetzung der

Gemeinschaftsschule („Eine Schule für Alle“) muss energisch angepackt werden. NRW muss beharrlich am Ball bleiben, um die Beseitigung der schändlichen Hartz-Gesetze zu erreichen und eine Steuergesetzgebung durchzusetzen, mit der GroßverdienerInnen wieder stärker besteuert und kleinere bzw. mittlere Einkommen entlastet werden.

Eine andere Politik für NRW ist notwendig und möglich. Dafür treten wir an!

u.a. von Paul Schäfer, Carolin Reißlandt, Günter Blocks,
Ralf Michalowsky, Bärbel Beuermann, Britta Pietsch

<http://www.sozialistische-linke-nrw.de>